



Freie Wählergemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

9. März 2023

FWG Kreis Warendorf e.V. –Die Kreistagsfraktion–Tulpenweg 4 – 59320 Ennigerloh

Herrn

Landrat Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Str. 1

48231 Warendorf

Anfrage zur Beantwortung im Finanz- und Kreisausschuss

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Grundsteuerreform verpflichtet nicht nur Eigenheimbesitzer zur Anmeldung der Daten zur Grundsteuerbewertung. Auch die Öffentliche Hand ist verpflichtet ihre Immobilien- und Grundbesitze anzugeben. Die Frist dafür ist auf den 30. September dieses Jahres festgesetzt.

Frage:

- Wie ist der aktuelle Sachstand beim Kreis Warendorf?
- Ist die Umsetzung aller Meldungen bis zum Stichtag realistisch?

In der Tageszeitung Die Glocke vom 09. März 2023 wurde über die Problematik von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden berichtet, die seit Jahren installiert sind, aber nicht an das Netz angeschlossen werden können. Als Begründung wird eine Änderung der bundesweiten „Pflicht zur technischen Abnahme von vormals 1000 Kilowatt auf 135 Kilowatt“ angegeben. (s. Anlage)

Frage:

- Ist der Kreis Warendorf mit Anlagen auf eigenen Gebäuden auch von dieser Problematik betroffen?



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

9. März 2023

- Falls ja, wann ist mit einem Anschluss ans Netz zu rechnen, und wer kommt für die Ausfallkosten auf?

Mit freundlichen Grüßen

Dorothea Nienkemper

FWG-Fraktionsvorsitzende

— Ungenutzte Photovoltaik auf städtischen Dächern —

Bürokratie verhindert Inbetriebnahme

Harsewinkel (cabo). Im jüngsten Umwelt- und Klima-Ausschuss am Dienstagabend haben sich die Energie-Fachleute der Stadtverwaltung, Florian Thoene und Peter Gödde, ausführlich dazu geäußert, weshalb 2020 installierte, kommunale Solar-Anlagen bislang noch nicht angeschlossen sind.

Es handelt sich dabei um Photovoltaik-Module (PV) mit einem Investitionswert von etwa 217 000 Euro auf Dächern des Rathauses, des Gymnasiums, der Sporthalle der Kardinal-von-Galen-Schule sowie der Mensa. Diese sind bei der Stadt im sogenannten Arealnetzwerk Moddenbachtal zusammengefasst, liefern aber noch keinen Strom.

Die CDU-Fraktion um Dr. Angelika Wensing hatte den Fall Mitte Februar im Stadtrat publik gemacht und damit die Bürgermeisterin Sabine Amsbeck-Doppheide (SPD) kalt erwischt – denn die erfuhr eigenen Angaben nach auch erst Anfang Februar von der ungenutzten, aber mit Steuerge-

dern bereits bezahlten Anlage.

Laut der Klima-Manager Florian Thoene und Peter GöddeDemnach habe das Arealnetzwerk Moddenbachtal vor der Inbetriebnahme zertifiziert werden müssen. Denn zu jener Zeit habe der Gesetzgeber die bundesweite Pflicht zur technischen Abnahme von vormals 1000 Kilowatt auf 135 Kilowatt abgesenkt.

Das Problem: Durch die plötzliche Zertifizierungspflicht hätten dann externe Fachbetriebe gefunden werden müssen, die die Solaranlagen auf den genannten Dächern technisch ausmessen und eine Dokumentation anfertigen. „Besonders die Vielzahl der Neu- und Bestandsanlagen verursachen einen hohen Erfassungsaufwand“, berichtete Gödde. Bundesweit gebe es jedoch nur 20 Betriebe für diese Art von Zertifizierungen. Und diese Firmen seien überlastet, so die Verwaltung. Die eigene Dokumentation der Stadt sei umfangreich und umfasse inzwischen mehrere 1000 Seiten.



Auf einigen kommunalen Dächern befinden sich Solaranlagen, die aber noch keinen Strom liefern. Jetzt hat die Verwaltung noch einmal erklärt, warum das so ist. Archivfoto: Aundrup

Politik reagiert irritiert

Harsewinkel (cabo). Wensing sowie weitere Ausschussmitglieder reagierten irritiert: „Sind wir denn die einzige Kommune, die mit PV-Anlagen solche Probleme hat?“, fragte die Christdemokratin. Und Parteikollege Frank Wesselmann meinte: „Das Thema ist mir höchst suspekt.“ Brunhilde Leßner (Grüne) mahnte an, die Kommunikation im Rathaus und zu den Stadtwerken transparenter zu machen: „Ändern können wir dieses Drama jetzt nicht.“ Bernhard Bückmann (CDU)

fragte: „Wie geht es denn jetzt weiter?“ Und Günter Bruns (CDU), wollte wissen: „Welche Kosten sind bislang durch die Zertifizierung angefallen?“ Gödde antwortete, dass keine Kosten entstanden seien, weil die angesprochenen Firmen den Auftrag abgelehnt hätten mit dem Hinweis, die Sache sei ihnen zu kompliziert. Einstimmiger Beschluss: Die Energiemanager informieren die Politik fortlaufend über die Zertifizierungen und erstellen Energieberichte zu den PV-Anlagen.